

Anfrage der AfD-Ratsfraktion		2356/18 öffentlich
Anfrage zur Kinderarmut in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung nach SGB II in Salzburg		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit
(Ö) Jugendparlament	27.09.2023	zur Kenntnis
(Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit	04.10.2023	zur Kenntnis
(Ö) Kinderkommission	11.10.2023	zur Kenntnis
(Ö) Jugendhilfeausschuss	12.10.2023	zur Kenntnis
(Ö) Rat der Stadt Salzburg	29.11.2023	zur Kenntnis

Sachverhalt:

Die AfD-Ratsfraktion bittet um Informationen zur Kinderarmut in Salzburg, insbesondere in Bezug auf Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung nach SGB II. Angesichts der aktuellen Situation, in der die Kinderarmutsquote in Salzburg bei etwa 25% liegt, erscheint es uns wichtig, Einblicke in dieses Thema zu gewinnen.

Wir möchten daher um folgende Informationen für die Jahre 2020 bis 2023 sowie eine Prognose bis 2035 bitten:

1. Die Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, aufgeschlüsselt nach der Anzahl aller Personen in diesen Gemeinschaften, einschließlich Kinder bis 12 Jahren und Jugendliche ab 13 Jahren.
2. Die jährlichen Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft für die Kosten der Unterkunft (KdU).
3. Die durchschnittlichen monatlichen Zahlungen des Bundes pro Bedarfsgemeinschaft, getrennt für Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften in Salzburg.

Wir sind uns bewusst, dass Salzburg vor großen Herausforderungen steht, darunter der Abwanderung von Arbeitsplätzen, Deindustrialisierung, Inflation, Rezession und sinkende Steuereinnahmen, die die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften erhöhen werden. Dies kann die Kinderarmutsproblematik gerade hier in Salzburg extrem verschärfen, da arme Kinder oft aus Bedarfsgemeinschaften kommen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und verfestigter Arbeitslosigkeit der Eltern (working poor – ALG II Aufstockern – gebrochenen Erwerbs Vitas - Alleinerziehenden), die sie so selbst nicht mitzuverantworten haben!

Diese Entwicklung ist eine ernsthafte gesellschaftliche Herausforderung, die nach ganzheitlichen Lösungen verlangt. Wir sind der Meinung, dass politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen zu dieser Situation beigetragen haben und dass es dringend notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen, um sozialen Ausgleich und Unterstützung für betroffene Familien mit Kindern wiederherzustellen.

Anlage/n

Keine

gez. Patricia Mair